

Infodienst der Kooperationsstelle 16_2025

(Gute) Arbeit

10 Jahre Fluchtmigration: Beschäftigungsquote von Geflüchteten nähert sich dem Durchschnitt in Deutschland an

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

Die Beschäftigungsquote der 2015 zugezogenen Geflüchteten belief sich im Jahr 2024 auf 64 Prozent und hat sich damit an das durchschnittliche Niveau in der Gesamtbevölkerung von 70 Prozent deutlich angenähert. Das zeigt eine am Montag veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auf Basis der mit Sozialversicherungsdaten verknüpften IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news857068>

IAB-Arbeitsmarktbarometer steigt zum fünften Mal in Folge

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

Das IAB-Arbeitsmarktbarometer legt erneut zu und liegt im August 2025 mit einem Plus von 0,7 Punkten bei 100,7 Punkten wieder im positiven Bereich. Der Frühindikator des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) befindet sich damit weiter im Aufwind. Auf den europäischen Arbeitsmärkten zeigt sich weiterhin wenig Dynamik: Das European Labour Market Barometer verharrt auch im August bei 99,7 Punkten.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news857162>

Teilzeitquote überschreitet erstmals die 40-Prozent-Marke

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

Die Teilzeitquote stieg kräftig um 0,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahresquartal und erreichte im zweiten Quartal 2025 mit 40,1 Prozent einen neuen Rekordwert. Dies geht aus der am Dienstag veröffentlichten Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news857453>

Auswirkungen von Bildschirmarbeit im Homeoffice auf Muskel-Skelett-Beschwerden

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung - DGUV e.V.

Eine Online-Befragung unter Beschäftigten mit Bildschirmarbeitsplatz zeigt: Beim Arbeiten im Homeoffice können die inadäquate Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnologien oder die ungünstige Gestaltung des Arbeitsplatzes – etwa durch mangelnde ergonomische Anpassung oder suboptimale Anordnung von Arbeitsmitteln – Ursache für Muskel-Skelett-Beschwerden sein.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news857455>

Deutschland braucht bis 2030 rund 160.000 zusätzliche Arbeitskräfte für die Energiewende

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

In den nächsten Jahren wird die Nachfrage nach Arbeitskräften für die Umsetzung des Klimaschutzes deutlich steigen. Modellrechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen: Für die Umsetzung der Energiewende werden bis zum Jahr 2030 rund 157.000 zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, bis zum Jahr 2040 102.000. Für die Folgen des Klimawandels und Anpassungsmaßnahmen sind bis 2030 beziehungsweise bis 2040 über 40.000 zusätzliche Arbeitskräfte erforderlich.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news856825>

Dem Fachkräftemangel begegnen – konkrete Ansatzpunkte für den Arbeitsmarkt

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Der Fach- und Arbeitskräftemangel stellt den Arbeitsmarkt in Deutschland heute schon vor große Herausforderungen – und aufgrund der sich wandelnden Altersstruktur der Bevölkerung wird das Problem weiter zunehmen. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) hat auf Basis aktueller Forschungsprojekte beispielhafte Ansätze identifiziert, wie sich der demografisch bedingte Rückgang an Erwerbspersonen auffangen ließe. Ausgehend von verschiedenen Szenarien zeigen die Forschenden auf, welche konkreten Potenziale es gibt und wie sie zur Stabilisierung des Arbeitskräfteangebots beitragen können.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news857607>

IAB-Stellenerhebung für das 2. Quartal 2025: Flaute am Arbeitsmarkt – Zahl der offenen Stellen fällt auf rund 1 Mill

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

Im zweiten Quartal 2025 gab es bundesweit 1,06 Millionen offene Stellen. Gegenüber dem Vorquartal ging diese Zahl um 119.300 oder rund 10 Prozent weiter zurück. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2024 liegt die Zahl der offenen Stellen um 279.500 oder rund 21 Prozent niedriger. Das geht aus der IAB-Stellenerhebung hervor, einer regelmäßigen Betriebsbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news857604>

Klima & Sozial-ökologische Transformation

Energiewende-Proteste: Rechtspopulismus hat untergeordnete Bedeutung gegenüber lokalen Anliegen

Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit Helmholtz-Zentrum Potsdam

Pläne für Windkraft-Projekte lösen in den betroffenen Kommunen häufig Widerstand aus. Zu den Gegnern zählen auch Rechtspopulisten. Sind sie eine Triebkraft für die lokalen Proteste? Eine Studie von Wissenschaftlern des Forschungsinstituts für Nachhaltigkeit kommt zu dem Schluss, dass der Widerstand meist von Initiativen vor Ort ausgeht. Konkrete Kritik an den Entscheidungsprozessen überwiegt gegenüber populistischen Einstellungen. Für mehr Zufriedenheit mit der Umsetzung der Energiewende müssten politische Entscheidungsträger die Anliegen der Bevölkerung stärker berücksichtigen. Dann könnten Rechtspopulisten die lokalen Initiativen auch nicht für sich vereinnahmen, so die Autoren.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news857353>

KI-Modell macht zukünftige Hitzebelastung in Städten metergenau sichtbar

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau

Ein neues KI-Modell der Universität Freiburg und des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) berechnet erstmals, wie sich die Hitzebelastung einer Stadt zukünftig pro Quadratmeter entwickeln wird. Das Modell kann Städte bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen und bietet Impulse für eine klimagerechte Stadtplanung. Am Beispiel von Freiburg simulierten die Forschenden drei verschiedene Klimaszenarien für den Zeitraum von 2070 bis 2099 und zeigen dadurch die Entwicklung von Hitzestunden in Bezug zur Stadtstruktur auf.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news856930>

Wie sich Maßnahmen für Umweltschutz und für weniger Arm-Reich-Gefälle gegenseitig beeinflussen

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

Die Zerstörung der Umwelt und die wirtschaftliche Ungleichheit – das sind zwei Kernprobleme, die Regierungen rund um den Globus erklärtermaßen in den Fokus ihrer Politik stellen. Doch bislang gab es keine umfassende Analyse dazu, wie diese beiden Probleme zusammenhängen und wie sich Politik-Maßnahmen für Umweltschutz und für weniger Arm-Reich-Gefälle gegenseitig ergänzen oder behindern. Die Studie „The Economics of Inequality and the Environment“ betrachtet nun diese Wechselwirkung mit einer Literaturanalyse. Sie wurde mitverfasst vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und veröffentlicht in der renommierten Fachzeitschrift Journal of Economic Literature.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news857349>

Europäische Klimaneutralität bis 2050 rechnet sich auch ökonomisch – EU-Investitionsfonds sorgt für Effizienz

Hans-Böckler-Stiftung

Neue Studie des IMK Europäische Klimaneutralität bis 2050 rechnet sich auch ökonomisch – EU-Investitionsfonds sorgt für Effizienz Es rechnet sich ökonomisch, wenn die EU ihr Ziel der CO₂-Neutralität bis 2050 konsequent verfolgt und erreicht. Denn die dabei entstehenden Kosten sind niedriger als die wirtschaftlichen Schäden, die anderenfalls durch einen verschärften Klimawandel entstehen. Dabei sollte aber nicht nur die CO₂-Bepreisung als zentrales Instrument eingesetzt werden, sondern auch ein zusätzlicher Investitionsfonds auf EU-Ebene, weil er die notwendige Transformation gesamtwirtschaftlich effizienter macht – trotz zusätzlicher Kredite, die zur Finanzierung nötig wären.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news857533>

Politik & Gesellschaft

Das demokratische Potenzial von Gaming-Communitys besser nutzen

Bertelsmann Stiftung

Gaming wird in Deutschland zumeist als Wirtschaftsfaktor oder Unterhaltungsform betrachtet. Dabei kommt viel zu kurz, wie politisch die Spieler:innen denken und handeln – vor allem, wenn sie sich in Gaming-Communitys wie Twitch und Discord miteinander austauschen. In diesen digitalen Räumen treffen hohes gesellschaftspolitisches Engagement und Demokratievertrauen auf eine sehr diverse, in Teilen aber auch problematische Debattenkultur. Es ist wichtig, Gaming-Communitys endlich zu verstehen, ernst zu nehmen und einzubinden.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news856862>

Wählen gehen oder nicht? Politischer Lebenszyklus wichtiger als Herkunft

Universität Duisburg-Essen

Warum wählen Menschen mit Migrationsgeschichte seltener? Und was lässt sich dagegen tun? Damit beschäftigt sich eine aktuelle Studie von Politikwissenschaftler:innen der Universität Duisburg-Essen und Bamberg. Sie haben untersucht, wie sich der sogenannte „politische Lebenszyklus“ auf die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2021 auswirkte. Für die anstehenden Kommunalwahlen in NRW sind die Ergebnisse durchaus relevant.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news857053>

Politische Parteien ignorieren bestehende ökonomische Ungleichheit

Universität Konstanz

Eine aktuelle Studie der Universität Konstanz hat die politischen Programme in zwölf demokratischen OECD-Ländern über einen Zeitraum von 50 Jahren (1970–2020) ausgewertet. Der zentrale Befund: Selbst linke Parteien reagieren in Wahlprogrammen bestenfalls bei der Änderung des Ist-Zustandes auf Ungleichheit, nicht aber auf bereits bestehende ungleiche Verteilung. Auch Zugewinne des Anteils des einkommensstärksten Prozents der Bevölkerung bleiben folgenlos.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news857177>

Lebenserwartung steigt nicht mehr so schnell

Max-Planck-Institut für demografische Forschung

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stieg die Lebenserwartung sehr schnell an – von durchschnittlich 62 Jahren für 1900 Geborene auf 80 Jahre für 1938 Geborene. Doch werden die zwischen 1939 und 2000 Geborenen von diesen raschen Gewinnen an Lebenserwartung profitieren? Eine aktuelle Studie legt nahe, dass keine dieser Generationen im Durchschnitt ein Alter von 100 Jahren erreichen wird. Selbst wenn sich die Überlebensrate von Erwachsenen doppelt so schnell verbessern würde, wie prognostiziert, könnte die Lebenserwartung mit den raschen Zuwächsen zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mithalten.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news857128>

NZFH-Studie: Junge Familien zunehmend psychosozial belastet

Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit

Immer mehr junge Familien sind psychosozial belastet: Das ergab das Monitoring Zusammen für Familien (ZuFa) Geburtsklinik 2024, zu dem das Nationale Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) in Kooperation mit dem Deutschen Krankenhausinstitut bundesweit alle Geburtskliniken mit mehr als 300 Geburten pro Jahr befragt hat. Bei 15 % der Familien sah das Klinikpersonal die gesunde Entwicklung des Kindes wegen der Belastungen sogar als gefährdet an. Die repräsentative Studie zeigt jedoch auch, dass die meisten Geburtskliniken in Deutschland darauf reagiert haben.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news857459> <<https://idw-online.de/de/news857459>>